

Haushaltsrede 2018
Fraktion DIE LINKE.

Der Wortbeitrag kann in Teilen abweichen

Herr Bürgermeister meine sehr verehrten Damen und Herren,

Lassen Sie mich zu Beginn meine Rede einen Blick über den Tellerrand kommunaler Themen hinaus in das gesellschaftliche Umfeld in unserem Land werfen.
In Deutschland finden derzeit fundamentale Veränderungen statt.

Themen, die dieses Land eigentlich überwunden hatte bestimmen mehr und mehr die öffentliche Debatte. Nationalistisch, völkische Sprache wird gesellschaftsfähig. Die Redewendung „Das wird man ja noch sagen dürfen“! wird zur Methaper für eine tiefsitzende Unzufriedenheit und Unsicherheit bei den Menschen.

Diese Unzufriedenheit ist in der Tat nicht unbegründet. In einer zunehmend marktkonformen Wirtschaft fehlen eben die ausgleichenden Bündnisse einer sozialen Marktwirtschaft.
Die Folgen: sinkende Renten, steigende Zuzahlungen bei der Gesundheit, miserable Perspektiven bei der Pflege u.v.a.m.

Diese Spaltung der Gesellschaft, verursacht durch zunehmend kapitalistisch neoliberales wirtschaften finden wir auch in der Kommune wieder. Die Werkzeuge heißen Privatisierungen und Sparmaßnahmen. Es ist egal ob die Haushaltssituation gut oder schlecht ist. Sparmaßnahmen stehen an erster Stelle aller Reden von Bürgermeister und Kämmerer. Egal auch, ob eine Mehrheit mit rot, grün, schwarz, oder gelb zustande kommt. Sogenannte Konsolidierungsmaßnahmen gehen immer durch. Wir sind nicht gegen eine vernünftige Ausgabenpolitik, wohl aber gegen rigoroses Sparen im sozialen Bereich.

Sie Herr Bürgermeister nehmen sich immer wieder geschickt aus der Schusslinie. Als Hilfe zur Durchsetzung ihre Ziele werden Gutachter beauftragt. Gutachter die natürlich genau das in ihre Berichte reinschreiben was Sie brauchen. Das Büro Rödl- und Partner ist so ein Fall. Die Sparmaßnahmen die dieses Büro vorschlägt, fallen nahezu alle im Bereich soziale Leistungen und Personal.

In der Umsetzung heißt das dann, dass die ohnehin personell unterbesetzte Musikschule weiter Mitarbeiter abbauen soll. Siehe Stellenplan. Damit bringen sie die Musikschule in Existenznöte. Wollen Sie das, um auch hier die Privatisierung anzusetzen?

Dabei arbeitet Rödl u. Partner mehr als schlampig. Siehe Bereich Stadtbibliothek. Genaues nachrechnen ergab, das sich der Gutachter mal eben um 300.000€ daneben lag. Zum Nachteil der Stadt. Jeder verantwortungsbewusste Auftraggeber hätte nun das gesamte Gutachten überprüfen lassen.

Kämmerer und Bürgermeister tun das aber nicht. Begründung Fehlanzeige.

Um die soziale Spaltung in der Gesellschaft aufzuhalten, braucht es eine andere Politik auch hier in der Kommune. Eine Politik die die Gesellschaft als Ganzes mitnimmt.

Ein Zeichen für eine andere Politik wäre die Aufgabe des Projekts „technisches Rathaus“. Wir brauchen kein technokratisches Projekt am Rande der Stand. Ein Rathausneubau wäre wegen der

guten Haushaltslage angemessen. Er gehört aber ins Zentrum der Stadt. Als ein Ort der Begegnung, der Kultur und des sozialen Austausches mit den Menschen die hier leben.

Kommen wir zu den technischen Dingen des Haushaltsplan 2018. Er schließt mit einem leichten Plus ab. Plus ist in diesem Fall bestimmt besser als minus. Insgesamt ist dieses Spiel mit den Zahlen aber völlig ohne Wert. Spätestens dann, wenn die Haushalte abgerechnet sind. Das ist nicht einfach nur eine These. Auf Seite 717 des Haushaltsplan steht es schwarz auf weiß. Der Haushalt 2016 schließt mit einem Plus von ca. 4,6 Mio. € ab. Das sind 9,1 Mio. € mehr als geplant. Für 2017 ist ähnliches zu erwarten. Jetzt wird deutlich warum sie die Rat den abgerechneten Haushalte der Vorjahre immer erst nach den Beratungen der lfd. Haushalte zu Verfügung stellen. Sie Herr Bürgermeister und Sie Herr Burlage wollen mit diesen Trixereien ihre Vorstellungen durchboxen.

Glauben sie ernsthaft, dass Sie die massiven Streuerhöhungen im letzten Jahr durch den Rat bekommen hätten, wäre der Rat über die tatsächliche Haushaltslage informiert gewesen? Allerdings und da können sie ja sicher sein, die Herr Streich und seine FDP ist ja stets an ihrer Seite, besonders wenn es um Steuererhöhungen geht. Siehe Grundsteuer B.

Herr Burlage Sie wurden einstimmig im Amt bestätigt. Ein großer Vertrauensbeweis. Wegen der von mir beschriebenen Trixereien sind sie auf dem besten Weg dieses Vertrauen, zumindest bei meiner Fraktion, aufs Spiel zu setzen.

Und noch etwas fällt auf. Sie sanieren dem Haushalt der Stadt zu Lasten sozial Benachteiligter. Im Haushaltsjahr 2016 erzielte der Produktbereich Leistungen für Asylsuchende und Asylbewerber einen Überschuss von 2,4 Mio. in der Ergebnisrechnung. Der Grund war eine deutlich erhöhte Landeszuweisung. Die zu Verfügung stehenden Mittel wurden aber nicht dem vorgesehenem Zweck zugeführt, sondern einbehalten und als Teilergebnisplus auf das Gesamtergebnis aufgerechnet. Ich übertreibe und polemisiere auch nicht, wenn ich unterstelle, das Ihnen Herr Bürgermeister die Kosmetik des Haushaltes wichtiger ist, als die Situation von hilfebedürftigen Menschen in der Stadt zu verbessern.

Das gilt auch für den sozialen Wohnungsbau. Nichts, aber auch gar nichts tut die Verwaltung um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Der Pakt den Verwaltung mit den privaten Wohnungsbauinvestoren geschlossen hält. Und die haben mit sozialem Wohnungsbau nichts am Hut. Der Rendite wegen.

Zu Beginn meiner Rede sprach ich von Gutachterbüros die Alibis für die Pläne der Verwaltung beschaffen. Hier ein weiteres Beispiel: Kindergartenplanung. Ein beauftragtes Büro stellte fest, dass die Stadt zu viel Spielplatzfläche vorhalte und das sei, wie könnte es im neoliberalen Kontext auch anders sein, viel zu teuer. Gleichzeitig aber wird der Bedarf für weitere Kitas festgestellt.

Wie nun der Rückbau von Kinderspielplätzen mit dem steigenden Bedarf an Kitaplätzen, weil es ja mehr Kinder in der Stadt gibt, zusammen geht ist schleierhaft.

Es sei denn man ist damit einverstanden, dass es eigentlich um lukrativen Baugrund aus städtischen Besitz geht. Es gibt ihn ja, den Pakt.

Eine kommunalpolitische Posse wird derzeit um das Aaseebad, bzw. die öffentlichen Bäder der Stadt aufgeführt.

Jahrelang war die Klage über den exorbitanten Zuschussbedarf des Aaseebades Thema in den Haushaltsberatungen.

Nun befürworten eine Mehrheit aus SPD, Grünen und FDP einen Sanierung, in dessen Folge es keinerlei Entlastung beim städtischen Zuschuss gibt. Dieser soll weiter bei einer Million € bleiben. Herr Streich von der FDP will das nicht und plädiert dafür den Zuschuss auf 500.000€ zu deckeln. Stimmt aber dennoch für die Sanierung in der benannte Zuschüsse als Fixum gelten. Eine Posse eben.

Aber die geht weiter. Ausgerechnet das Bad welches am effizientesten betrieben wird, das Holsterkampbad, es soll geschlossen werden. Eine plausible Begründung dafür gibt es nicht. Aber halt, wenn es abgerissen wird, steht ja wieder ein städtisches Grundstück zum Verkauf.

Herr Bürgermeister meine Damen und Herren, wir leben, auch in dieser Stadt, als gäbe es kein Morgen. Grünland wird weiter versiegelt. Projekte für regenerative Energien gibt es kaum. Die sozialen Fragen in der Stadt bleiben weitestgehend ungelöst. Die ökologischen Fragen angesichts zunehmender Nitratbelastung im Grundwasser, Medikamentenrückstände im Klärwasser, Versalzung der Aa, immer drängender.

Lösungen für diese drängenden Fragen werden nur möglich wenn die soziale Frage mit der ökologischen Frage verbunden wird. Das kann niemand allein. Das ist eine Aufgabe die wir zusammen im demokratischen Streit lösen müssen. Schaffen wir das nicht, werden die nationalistisch-völkischen Kräfte weiterhin die Spaltung der Gesellschaft für ihre kruden Ziele nutzen.

Im Haushaltsansatz 2018 jedenfalls finden wir Ansätze für eine sich der Solidarität und des Gemeinnsinns verpflichtende Gesellschaft nicht wieder. Deshalb lehnt die Fraktion DIE LINKE. den Haushaltsplan 2018 der Stadt Ibbenbüren ab.

Glückauf
Ernst Goldbeck